

vergebens. Es sind scheue, nachtaktive Tiere. Die Attraktion Tiger macht die Menschen blind für sein Habitat. Denn wer zählt die Sambarhirsche, Chitals oder Nilgai-Antilopen, die er im Dschungel gesehen hat? Wer hat Augen für die Vegetation, die diese Beutetiere des Tigers ernährt? Übler als das Wildern wirkt sich letztendlich der Verlust des Habitats aus.

50.000 Besucher kommen jedes Jahr in den Corbett-Nationalpark, 90 Prozent davon aus Indien. Anscheinend haben nur die Städter ein Interesse am Überleben des Tigers. Nach Aussage einer indischen Journalistin, die seit vielen Jahren den Umweltschutz propagiert, ist die Unterstützung der Naturschutzidee auch bei der gebildeten Mittelschicht gering. Es ist das persönliche Erleben, die Sensation und auch eine Mode, die sie in die Nationalparks führt. M.K. Ranjitsinh vom WWF ist überzeugt, daß Interesse allein nicht ausreicht. Es müsse zum Engagement führen, das auch vor Opfern nicht zurückschreckt.

Die Zukunft des Naturschutzes

Daß sich der Umweltschutz in Indien

und anderswo nicht gegen die Landwirtschaft entwickeln kann, sondern beides verbunden werden muß, haben die Erfahrungen der letzten Jahre deutlich gezeigt. Grenzen zu errichten und Verbote auszusprechen, wird bei wachsender Bevölkerung keine dauerhafte Sicherheit bieten. Auch die Sensationslust der Städter, die Tiere wie Tiger, Leoparden und andere in einer ursprünglichen Landschaft fotografieren wollen und deshalb für deren Erhalt eintreten, liefert kein nachhaltiges Motiv für den Naturschutz.

Der Schutz vor Erosion könnte auf Dauer überzeugendere Argumente liefern. Allein in Indien werden pro Jahr sechs Milliarden Tonnen Humusboden weggeschwemmt, ein Verlust der mit bis zu 750 Millionen Dollar beziffert werden kann (Ranjitsinh). Mehr als zwei Drittel der Fläche Indiens wurden bis heute durch Abholzung und unsachgemäße Bodennutzung degradiert. Engagierte Naturschützer setzen auf eine Kategorisierung der unterschiedlichen Landschaften, nach ihrem Wert, die sie für Mensch und Tier haben. An erster Stelle stehen dabei wichtige Wasserschcheiden, einmalige Ökosysteme mit ih-

ren genetischen Reservoirs selten gewordener Tiere und Pflanzen, wie zum Beispiel das von Ranthambhore. Damit auch die Bewohner der Randgebiete des Nationalparks dies schätzen lernen, müssen sie einen direkten Nutzen für sich selbst dabei erkennen können. Neben dem Totalschutz sogenannter Kerngebiete und einer Zone für den Tourismus, die es seit langem gibt, müssen als Kompromiß auch intakte Areale einer maßvollen und sachgemäßen Nutzung durch die Bauern zugeführt werden. Aber selbst im subventionsverwöhnten Europa stellen sich gerade beim Thema 'Pflegerzeugung' viele Landwirte quer.

Wälder außerhalb indischer Nationalparks bedürfen überhaupt erst einmal des Schutzes. Eine wichtige Aufgabe, wenn man bedenkt, daß der Kampf um Wasser, Ackerland und Brennholz zu nicht unerheblichen Spannungen in der Gesellschaft führt.

Literatur

M.K. Ranjitsinh: Beyond the Tiger. Portraits of Asian Wildlife, New Delhi 1997 (ISBN 81-7107-036-1).

National- und Wildparks vertreiben Ureinwohner

von Theodor Rathgeber

Seit Jahrzehnten kämpfen Adivasi (das Hindi-Wort für "Erste Siedler") in Indien um den Fortbestand der natürlichen Umwelt. Für einen nach wie vor großen Teil der 461 offiziell erfaßten Adivasi-Völker und —Gemeinschaften liefert die natürliche Umgebung die unmittelbare Basis für ihr auch kulturelles Überleben. So bestreiten sie nicht nur ihren Lebensunterhalt aus den Produkten des Waldes, sondern geben sich religiös besetzte und soziale Regeln, um den Wald wirksam vor einer Vernichtung zu schützen. Von der Geschichte her betrachtet dürfen sich die Adivasi mit Fug und Recht als Hüter des Waldes bezeichnen.

Diese bis heute ins Auge fallende Bedeutung indigener Völker (Ureinwohner) für die Erhaltung der natürlichen Umwelt hat die 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete Agenda für das 21. Jahrhundert aufgegriffen. Die Agenda 21 mahnt

die Regierungen, die Ureinwohner stärker in die Bemühungen um den Fortbestand letzter Rückzugsgebiete für seltene Tier- und Pflanzenarten mit einzubeziehen. Gleichwohl müssen die Adivasi in Indien erbittert um ihre Anerkennung streiten. Dort drängt der Naturschutz die Ureinwohner an den physischen wie kulturellen Rand.

Vertreibung im Zeichen des Naturschutzes

Laut Zeitungsberichten wurden bei der Einrichtung von Nationalparks bisher über 600.000 Adivasi aus ihren traditionellen Gebieten vertrieben; darunter aus den Tiger-Reservaten in Kanha und Bandhavgarh, aus den Waldschutzgebieten in Panchmari, Achanak Marg, Satpura und aus dem Wildpark Biro im Bundesstaat Madhya Pradesh. In diesem

Bundesstaat wird seit 1972 die Einrichtung von insgesamt 35 Wildtier- und Nationalparks geplant. Die Betroffenen erfuhren von diesem Großprojekt erst im Jahre 1986, als die ersten Anzeigen für Landaufkäufe veröffentlicht wurden. Nach heftigen Protesten versank das Projekt bis 1996 in der Versenkung. Im Oktober desselben Jahres kündigte die Landesregierung jedoch die Beschlagnahme von knapp 43.000 Hektar für dieses Vorhaben an. So würde das darin vorgesehene Semarsot-Tigerreservat 51 Dörfer mit insgesamt 35.000 Menschen zur Umsiedlung zwingen. 95 Prozent von ihnen gehören Adivasi-Völkern an, darunter 18.000 Angehörige der Korwa und Korku, deren Überleben besonders bedroht ist. Trotz mehrfachen Protest mit Tausenden von Adivasi gehen die politisch Verantwortlichen nicht von den Plänen ab.

Im Kotagada-Park im Bundesstaat Orissa, in dem u.a. Angehörige der Kondh leben, untersagte 1996 die Landesregierung den Wanderfeldbau, die Viehbeweidung und das Sammeln von Feuerholz. Für die Kondhs kommt dies einer systematischen Vertreibung gleich. Sie bauten bis dahin Reis, Hirse sowie Gelbwurz an und lebten von Waldprodukten wie Honig, Tamarinde, Ginster oder Sisal. Im Bundesstaat Karnataka wählten in jüngster Zeit zwei Angehörige der Gowdlu aus Verzweiflung den Freitod und tranken Gift, nachdem sie die amtliche Aufforderung zum Verlassen ihres Wohnortes aufgrund des geplanten Kudremukh-Nationalparks erhielten. Sollte das Programm zum Schutz des Waldes und selten gewordener wilder Tiere in Indien fortgesetzt werden, ist mit weiteren 1,5 Millionen Vertriebenen zu rechnen.

Zur Erinnerung: Der indische Soziologe Walter Fernandes schätzt die Zahl der vertriebenen Adivasi in den Jahren 1951 bis 1990 auf über 3,5 Millionen. Sie mußten im Zuge von Dammbauten, Infrastrukturprojekten, Industrieanlagen oder eben der Einrichtung von Tierreservaten und Nationalparks ihre angestammten Ländereien verlassen. Diese Zahlen weisen die auf 70 bis 80 Millionen geschätzten Adivasi als in besonderem Maße Betroffene aus. Obwohl sie lediglich sieben bis acht Prozent der Bevölkerung Indiens ausmachen, entfallen 40 Prozent der Vertriebenen auf die Adivasi. Indien gehört zu den Ländern mit einer der höchsten Vertreibungsraten der Welt. Nur ein Viertel dieser Vertriebenen hat überhaupt eine Entschädigung erhalten. Die Opfer von Vertreibung mußten sich als Land- und Tagelohnarbeiter verdingen, gerieten in Schuldknechtschaft oder endeten in städtischen Slums.

Waldpolitik in Indien

Die kommerzielle Ausbeutung der Wälder in Indien — und damit die Zerstörung wichtiger ökologischer Kreisläufe — begann im wesentlichen unter der britischen Kolonialherrschaft. Die Briten wandelten riesige Waldgebiete in Plantagen um oder gaben sie für den Holzeinschlag frei. Die gesetzlichen Grundlagen dazu schufen sie 1877 mit dem 'Forest Act' und 1927 mit dem 'Indian Forest Act'. Deren Denkansatz liegt heute noch den Forstgesetzen Indiens zugrunde.

Infolge der britischen Forstpolitik wurden bereits zahlreiche Adivasi-Gemeinschaften in andere Gegenden umgesiedelt, zwangsassimiliert oder einfach zum Verschwinden gebracht. Lediglich dort, wo keine geldwerten Interessen im Spiel waren, wiesen die Briten die Ge-

bierte mit indigener Bevölkerung als "scheduled areas" aus, als spezielle Verwaltungsgebiete, in denen sie den Ureinwohnern ihre eigene Rechtsprechung sowie die relative Verfügungsgehalt über ihre Ressourcen zugestanden.

Die Regierungen des unabhängigen Indien setzten die Waldpolitik der Briten ungebrochen fort. So gesteht das im Jahr 1972 verabschiedete Gesetz zum Naturschutz ('Wildlife Protection Act') den Waldbewohnern kaum Rechte zu. Insbesondere die Gewohnheitsrechte der Adivasi zur Nutzung des Waldes und seiner Produkte unterliegen einem besonderen Verfahren und werden nicht grundsätzlich anerkannt. Die verantwortlichen Landesregierungen entscheiden darüber fallweise und nach politischem Gutdünken. Und nach aller Erfahrung nutzen sie die Ausweisung des Waldes als Naturschutzgebiet eher dazu, traditionelle Land- und Nutzungsrechte auszuhebeln, inzwischen auch mit dem Segen des Obersten Gerichtshofes, der im Mai 1996 den Regierungen dazu freie Hand gab. So konnte die Landesregierung von Madhya Pradesh den Gonds im Distrikt Raipur die Nutzung des Waldes untersagen; eine Gewohnheit, die sie seit vielen Jahrhunderten ausübten. Schließlich bezeichnet ein Gesetz aus dem Jahr 1991 alle Adivasi, die innerhalb eines als geschützt ausgewiesenen Waldes leben, als illegale Bewohner.

Eventuell kommt jetzt Bewegung in die erstarrten Fronten. So erlegte der Oberste Gerichtshof der Landesregierung von Uttar Pradesh im April 1999 auf, den vom Rajaji-Nationalpark betroffenen Van Guijars ihre traditionellen Rechte am Wald zurückzugeben. Die amtlichen Anweisungen, den Wald nicht mehr zu betreten, waren von Anfang an rechtsfehlerhaft. Die Van Guijars nutzten den Wald für ihr Vieh und verkauften Milch bzw. Milchprodukte. Die Forstbeamten hatten selbst medizinische Hilfsleistungen unterbunden, um die Van Guijars mürbe zu machen.

Die politischen Vorgaben bleiben widersprüchlich. Die aus dem Jahr 1988 stammende 'Forest Policy' spricht den Adivasi eine vitale Rolle beim Erhalt des Waldes zu. Demgegenüber ist es immer noch gängige Praxis der Regierungen, die Adivasi selbst zwangsweise in den 'Wohlfahrtsstaat' zu integrieren: Schulbildung, Hausbauprogramme und Entwicklungsprojekte, um die Adivasi zu "zivilisieren". Diese lehnten jedoch meist ab; aus guten Gründen. Statt Wohlfahrt weisen viele Dörfer der zwangsumgesiedelten Adivasi eine hohe Sterblichkeitsrate aus, und Gesundheitseinrichtungen fehlen oftmals völlig. Die vom Staat errichteten Wohnblöcke verkommen zu Slums, und das Schulsystem vernachlässigt systematisch Mutterspra-

che und Kultur der Adivasi.

Hinzu kommt die sprichwörtliche Korruption in den für die Wälder zuständigen Behörden. Verbindungen zu Wilderern und Schmugglern gehören noch zu den harmloseren Formen willkürlicher Rechtsetzung. Umgekehrt sind die Behörden durchaus in der Lage, die Restriktionen zum Schutz des Waldes rigoros durchzusetzen, bevorzugt gegenüber denjenigen, die wie die Adivasi kaum Geld und daher keine Möglichkeiten haben, sich einen Vorteil wenigstens zu erkaufen. Wen wundert es, wenn viele Adivasi dem Begriff 'Naturschutz' mehr als skeptisch gegenüberstehen und ihn eher als ein Programm zur verdeckten Landenteignung wahrnehmen.

Die Rolle der Weltbank

Die Weltbank und der Fonds zur globalen Förderung der Umwelt ('Global Environmental Facility'; GEF) stellen Indien mehrere Millionen Dollar für die Schaffung und den Unterhalt von über 50 Nationalparks zur Verfügung. Seit Beginn der 90er Jahre unterstützt die Weltbank speziell das Projekt der sog. Öko-Entwicklung, um den Schutz von Fauna und Flora zu organisieren. In diesem Rahmen richtet der Bundesstaat Madhya Pradesh mit Hilfe von Weltbankgeldern insgesamt 27 Nationalparks und Wildreservate ein. Im Jahr 1996 unterzeichnete die Weltbank mit Indien ein weiteres Abkommen über die Einrichtung von sieben Wildtierparks, die für die biologische Vielfalt von globaler Bedeutung sind. Für den Nagarhole-Park im Bundesstaat Karnataka stellt die Weltbank dabei knapp 96 Millionen US-Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung.

Die Weltbankrichtlinien sehen vor, daß im Rahmen der Öko-Entwicklung die lokale Bevölkerung in den Schutz des Waldes und seiner Tiere mit einbezogen werden soll. Das Konzept lehnt sich an die ehemaligen Waldschutzkomitees an, die im Süden von Westbengalen ihren Ausgang nahmen. Dort erhielt die lokale Bevölkerung als Gegenleistung für ihren Beitrag zum Schutz des Waldes ein Viertel des Erlöses etwa aus dem Holzeinschlag und konnte kleinere Mengen anderer Produkte aus dem Wald verwerten. Die Komitees im Rahmen der Öko-Entwicklung sehen keine Anteile an einer kommerziellen Verwertung des Waldes mehr vor. Die Teilhabe der lokalen Waldbewohner besteht eher darin, über die Margen der Reduzierung ihres früheren Nießbrauchs mit zu entscheiden. So gut wie alle Komitees haben einen Forstbeamten zum Sekretär, der die Protokolle und andere Schriftstücke unter seiner Kontrolle hat.

So ist auch beim Projekt der Öko-

Entwicklung aufgrund der gegebenen Verhältnisse in Indien vor allzu großen Erwartungen zu warnen; wie der Fall des Nagarhole-Nationalparks noch zeigen wird. Hier tritt im Zuge des Nationalparks faktisch eine beschleunigte Entrechtung der Adivasi ein; begleitet vom geradezu zynisch anmutenden Anspruch auf nachhaltige Entwicklung und partizipative Verwaltung. Immerhin: In einem Bericht vom Dezember 1998 zum Nagarhole-Nationalpark rügt die Weltbank die Nichtbeteiligung der Betroffenen an den sie betreffenden Entscheidungen.

Verhalten von Naturschützern

Von den Protagonisten aus dem Lager der Naturschützer interessiert sich kaum jemand für die in den Wäldern lebenden Menschen. Der WWF-Indien mahnt lediglich, die Regeln über die Ansiedlungen der lokalen Bevölkerung in Naturschutzgebieten (Abschnitte 19-25 des 'Wildlife Act') präziser zu fassen; wogegen im Prinzip nichts zu sagen ist. Der WWF-Indien hat jedoch auf die Vertreibungen der Adivasi im Zuge der Einrichtung von Waldschutzgebieten und Tierreservaten bislang nur mit Schweigen reagiert, während etwa der Schutz der Tiger eine in der Öffentlichkeit verfochtene Herzensangelegenheit darstellt.

Vermutlich haben erste kritische Fra-

gen aus dem Ausland mit dazu beigetragen, daß der WWF-Indien seit kurzem auf die Adivasi zugeht. Nach Auskunft der Generalsekretärin der nationalen Adivasi-Dachorganisation, der 'Indian Confederation of Indigenous and Tribal Peoples' (ICITP), führte sie in diesem Jahr zwei Gespräche mit dem WWF-Indien über die Vertreibungen im Zuge der Einrichtung von Nationalparks. Ob sich daraus eine Allianz gegen zukünftige Menschenrechtsverletzungen schmieden läßt, wird sich zeigen. In Pilotprojekten (namens 'Green Guards'; Grüne Wächter) setzt sich der WWF immerhin schon einmal für die aktive Beteiligung der lokalen Bevölkerung beim Naturschutz ein. Gegen Wilderei und illegalen Handel mit Waldprodukten wirkt die Kontrolle durch die lokale Bevölkerung nach wie vor am zweckmäßigsten.

Es gibt schlimmere Mißachtungen der Adivasi. Die vom (Bundes-) Staat eingesetzte Menschenrechtskommission ('State Human Rights Commission') spricht sich mit Nachdruck für die auch zwangsweise Umsiedlung der Adivasi aus, um sie aus ihren "primitiven Lebensumständen" herauszuholen und der staatlichen Wohlfahrt zu unterwerfen. Die 'Wildlife Conservation Society' in New York äußerte sich so: "Der einzige Weg, die Nationalparks zu schonen, ist, die Stammesvölker hinauszuerwerfen."

Ein wenig überzeugendes Verdikt. Für die Adivasi ist das Ergebnis in allen Fällen fatal: Der Rauschmiß aus den gewohnten Lebensumständen endet in soziokultureller Verelendung und mitunter buchstäblich im Slum.

Der Nagarhole-Nationalpark

Die Nagarhole-Wälder sind subtropische, immergrüne Regenwälder in den Distrikten Mysore und Kodagu im südindischen Bundesstaat Karnataka. Die Nagarhole-Wälder grenzen an das 'Bandipur Tiger Project' im Südosten, die 'Wayanad Wildlife Sanctuary' von Kerala im Süden, die 'Brahmagiri Wildlife Sanctuary' im Südwesten, an Kaffeepflanzungen von Kodagu im Westen sowie an die 'Mavukal Reserve'-Wälder im Norden.

Die Nagarhole-Wälder sind reich an vielerlei Harthölzern und Tieren. So finden sich Schakale, Hyänen, verschiedene Hirscharten, Dschungelkatzen, die kleinen indischen Zibetkatzen, Wildschweine, Leoparde, Fliegende Eichhörnchen, Tiger und Elefanten. Früher waren die Wälder das bevorzugte Jagdgebiet für den Maharaja von Mysore, einem den Briten untergebenen Fürsten, der die Adivasi als Jagdführer anheuerte.

Die Wälder werden seit dem 7. Jahrhundert n. Chr. von drawidisch stämmi-



Nationalparks vertreiben Ureinwohner (Foto: Rainer Hörig)

gen (indigenen) Völkern bewohnt, gepflegt und aufrecht erhalten. Der Wald beheimatet die Soliga, Jenu Kuruba, Betta Kuruba, Paniya und Panjari Yerava; heute noch über 6.000 Menschen. Sie leben in 56 Siedlungen, Hadis genannt. Traditionell leben sie von den Früchten des Waldes, ernähren sich von Knollen, Pilzen, Bambussprossen, Honig, Kräutern, fischen, jagen und bauen Yams, Bohnen, Bananen, Linsen und Kürbisse an. Die Adivasi haben sich an die natürlichen Gegebenheiten des Waldes angepaßt und vermeiden es, größere Flächen zu roden.

Ihre kulturelle Identität lehnt sich eng an das Leben mit dem Nagarhole-Wald an. Es gibt eine Vielzahl heiliger Orte im Wald, die von Ahnengeistern bewohnt werden. In jedem Jahr findet eine Zeremonie (Yerava, auch: Kaanemmaru) statt, in der die Adivasi die Geister anrufen, um diese über die weitere Entwicklung der Gemeinschaft zu befragen. Ein Überleben als eigenständige Kultur ist ohne den Wald nicht möglich.

Eine Geschichte der Zerstörung

Die ersten schwerwiegenden Eingriffe in das Biosystem der Nagarhole-Wälder erfolgten im letzten Jahrhundert im Zuge der erwähnten Jagdexpeditionen. Einmal in Regierungsbesitz, wurde der Wald darüber hinaus zum Ressourcenlieferanten degradiert. Sich ausbreitende Kaffee- und Teakplantagen, die von den indischen Behörden toleriert wurden, trugen ebenso zum Schwund bei, wie Bewässerungsprojekte und die Staudämme von Kabini und Taraka. Der einzig störende Faktor waren offensichtlich die Adivasi, die zwangsumgesiedelt wurden.

Im Jahr 1955 wurde das Gebiet für den zu schaffenden Nationalpark ausgewiesen. 1975 erklärte die Landesregierung Nagarhole zum Nationalpark (mit einer Fläche von 571,55 qkm) und benannte ihn später in 'Rajiv Gandhi National Park' um. Im Jahr 1988 wurde der Park auf 643,39 qkm erweitert. Er ist inzwischen Teil des Nilgiri-Biosphären-Reservats, das ein Adivasi-Siedlungsgebiet von 5.500 qkm mit einschließt.

Im Zeitraum von 1972 bis 1992 mußten über 23.000 Adivasi (3.680 Familien) ohne Entschädigung das Land verlassen. Sie ließen sich am Rande des 1993 ausgewiesenen Rajiv Gandhi Nationalparks nieder, wo sie heute erneut von Vertreibung bedroht werden. Wurden die Adivasi zunächst unter Auflagen geduldet, wobei sie ihren Ackerbau einschränken mußten, so nahmen ab den 80er Jahren die Restriktionen spürbar zu. Die Viehhaltung sowie die Nutzung der Sümpfe für den Reisanbau wurden verboten. Aus Mangel an Überlebensmitteln verließen viele Familien

'freiwillig' den Wald; ohne Entschädigung. 1992 forderten sie Land außerhalb des Parks, das sie auch bekamen. Sie gaben ihre Landtitel aber wieder zurück, als sich ihnen durch die Anfechtung der damaligen Planfeststellungsverfahren die Möglichkeit zu eröffnen schien, wieder in ihre angestammten Gebiete zurückkehren zu können.

Den im Wald verbliebenen Adivasi wirft die Forstbehörde vor, mit ihren Brandrodungen Waldbrände auszulösen, die in diesem Jahr (1999) fast ein Sechstel der Waldfläche (643 qkm) verwüstet haben. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen weisen diese Verdächtigung zurück. Sie sagen, die Forstbehörde wolle lediglich von ihrer eigenen Nachlässigkeit ablenken und dabei die letzten Adivasi aus dem Wald vertreiben. So sei der Waldboden nicht ausreichend vom Unterholz und Pflanzenresten gesäubert und deutlich weniger Brandschneisen geschlagen worden. Das Geld zur Entlohnung der dafür notwendigen Waldarbeiter sei nicht vorhanden gewesen und wohl in die eigenen Taschen der Forstbediensteten abgezweigt worden.

Andere Nutzungen innerhalb des Nationalparks scheinen aus Sicht der Forstbehörde für den Schutz des Waldes weniger problematisch. In jüngster Zeit setzt Karnatakas Landesregierung verstärkt auf den Öko-Tourismus. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur soll die Wirtschaft in der Region ankurbeln. Im Jahr 1996 wurde der Taj-Gruppe (ein Hotelkonsortium) erlaubt, im Kernbereich des Nationalparks ein Hotel zu bauen. Dies brachte die früher von dort vertriebenen Adivasi in Rage. Ähnlich empört reagierten übrigens Adivasi im Bundesstaat Madhya Pradesh, als die Forstbehörde zu Beginn des Jahres 1999 bekannt gab, die Hauptwege in den Nationalparks teeren zu wollen, um die Produkte des Waldes besser auf die Märkte bringen zu können.

Es blieb nicht bei der Empörung. Nachdem im Juni 1999 weitere 50 Adivasi-Familien umgesiedelt wurden, brach offener Protest los. Seither führen die Betroffenen 'Sit-ins' vor dem Büro der Forstbehörde im Nagarhole-Park durch. Unterstützt werden sie von Nichtregierungsorganisationen (NGO). Mehrere prominente Vertreter dieser NGOs wurden im August und September dieses Jahres unter fadenscheinigen Anschuldigungen verhaftet und erst einmal aus dem Verkehr gezogen. So werden zwei Unterstützer beschuldigt, einen Forstbeamten tätlich angegriffen zu haben. Nach Aussagen von Zeugen hat der Forstbeamte Demonstranten fotografiert, und die beiden Beschuldigten machten ihn darauf aufmerksam, daß er dies ohne Zustimmung der Gruppe tue. Es scheint so, als wollte sich die Forstbehörde für

alles Ungemach rächen, das ihnen der Widerstand in jüngster Zeit bereitete.

Gegenwehr der Betroffenen

Die von der zwangsweisen Umsiedlung betroffenen Adivasi legten zum einen unter Mithilfe der NGOs der Weltbank eine Beschwerde wegen der faktischen Nichtbeteiligung der Adivasi am Projekt vor. Die Schiedsstelle der Weltbank ('inspection panel') begab sich im September 1998 nach Indien, um sich vor Ort umzusehen. Der anschließende Bericht vom Dezember 1998 rügte tatsächlich die mangelhafte Umsetzung durch die staatliche Forstbehörde. Die Weltbank kam daraufhin mit der indischen Regierung überein, innerhalb von sechs Monaten Nachbesserungen am Projekt unter Hinzuziehung der betroffenen Adivasi vorzunehmen. Unglücklicherweise übertrug sie diese Aufgabe derselben Forstbehörde, die für die bisherigen Mängel verantwortlich war. So sind die sechs Monate inzwischen um, ohne daß Konsultationen der Betroffenen stattgefunden hätten.

Zum anderen führte die staatliche Menschenrechtskommission aufgrund der Beschwerden im Mai 1998 eine Anhörung durch und beauftragte dann die Landesregierung, den Klagen der vom Projekt betroffenen Adivasi nachzugehen. Für die 'freiwillig' Umgesiedelten wurden 100 Hektar (250 acres) bereitgestellt, auf denen 51 kleine Häuser entstanden. Im Dezember 1998 meldeten sich 70 Familien von den früher Vertriebenen zu Wort und protestierten gegen ihre Nichtberücksichtigung. Sie behinderten den Weiterbau der Häuser und erzwangen Verhandlungen. Ihnen wurde zugesagt, daß in einem der vier vorgesehenen Orte 50 Prozent der neuen Unterkünfte für sie reserviert würden.

Im März 1999 waren die Häuser fertiggestellt, aber die Forstbehörde schien nun, entgegen den Absprachen, bevorzugt ihnen genehme Angehörige der Adivasi dort unterbringen zu wollen. Die Adivasi inspizierten daraufhin die neuen Häuser und schrieben einen Bericht an die Aufsichtsbehörden. Nachdem von dort keine Antwort kam, besetzten sie die Häuser. Im Juni wurden die Hausbesetzer von starken Polizeikräften geräumt, und 26 Adivasi-Familien aus dem Kreis der Forstangestellten zogen ein; wie also richtig vermutet worden war. Nicht genug damit: Einen Tag später wurden sogar die provisorischen Hütten der Vertriebenen von Bulldozern platt gewalzt. Seitdem finden täglich Protestaktionen vor der Forstbehörde statt.

Adivasi und partizipativer Naturschutz

Es ginge auch anders. Selbst die von der Einrichtung einer Naturschutzzone betroffenen Adivasi zeigen in der Regel eine positive Haltung gegenüber der staatlich geförderten Erhaltung des Waldes, soweit keine Vertreibung oder der Verlust von Einkommen damit einhergeht. "Wenn der Wald ruiniert ist, bleibt auch für uns nichts übrig", sagt eine Adivasi-Angehörige der Rabhas im Norden von Westbengalen. Es bedarf dazu allerdings einer partnerschaftlichen Absprache, um den Schutz der Naturlandschaft oder des Wildparks mit der Existenz der Adivasi-Gemeinschaften in Einklang bringen zu können. Demgegenüber tritt die staatliche Forstbehörde den Adivasi in der Regel noch ganz in der hierarchisch-kolonialen Tradition gegenüber.

Als Alternative erarbeiteten die Adivasi z.B. im Fall des Nagarhole-Parks einen Vorschlag, der die Wälder schützen und gleichzeitig ihre Rechte an der nachhaltigen Nutzung garantieren soll. Sie schlagen drei Zonen vor. In der ersten Waldzone leben und wirtschaften 1.800 Adivasi-Familien. In einer zweiten Zone mit Waldgebieten rings um die Siedlungen sammeln die Adivasi Waldprodukte und sind allein für den Schutz der Wälder zuständig. Die dritte Zone umfaßt den restlichen Wald, der von den Adivasi und dem Staat gemeinsam geschützt würde. Die Nagarhole-Wälder stünden demnach weitgehend unter direkter Kontrolle der Adivasi. Um Straßen- und Häuserbau sowie die Ausbreitung der Plantagenwirtschaft wirksam zu verhindern sowie Schmuggel und Wilderei zu unterbinden, schlagen sie außerdem ein Komitee vor, das aus Repräsentanten des Staates, Adivasi, Umweltgruppen und Experten besteht und den Adivasi den Rücken stärkt. Als notwendige, begleitende Maßnahmen fordern die Adivasi Schulungskurse, die traditionelles Wissen und moderne Methoden des Umweltschutzes verbinden. Elektrizität soll aus Solaranlagen gewonnen werden. Die Schule soll den Kindern ihre Muttersprache lehren und das Gesundheitssystem auf der traditionellen Medizin beruhen; unter Einschluß der vorhandenen Krankenstation.

Soweit praktische Erfahrungen mit diesem Ansatz andernorts vorliegen, türmen sich jedoch beträchtliche Hindernisse auf. Im Bundesstaat Maharashtra (Region Kamghaon, Distrikt Buldhana) arbeitete 1996 die Abteilung für Landmanagement mit ca. 6.000 Angehörigen der Mahadeo Koli zusammen. 27 gemeinsam besetzte Komitees wachten über den Wald. Die Adivasi nutzten den Wald entsprechend ihrer Tradition und

verkauften Schnittgras, Sprößlinge und eßbares Harz. Gleichzeitig sorgten sie dafür, daß der Wald nicht überweidet und illegal Holz eingeschlagen wurde. Die Behörde ermächtigte sie sogar, Vieh zu konfiszieren. Allerdings gefiel das Experiment nicht allen. Lokale Politiker, Viehzüchter und Holzhändler hintertrieben das Projekt.

Im August 1998 kam es zu Auseinandersetzungen mit Viehzüchtern, in deren Verlauf vier Adivasi verletzt wurden. Lokalpolitiker der nationalistischen Hindu-Partei BJP hatten die Züchter aufgewiegelt, damit diese ihre Herden zum Weiden in den Wald trieben. Die dreiste Konfrontation zeigte Wirkung. Einige der Komitees trauten sich nicht wieder auf Kontrollgänge, zumal ihnen der staatliche Kooperationspartner nicht länger den Rücken stärkte. Seit Mai 1997 kooperierten die Adivasi nicht mehr mit der Abteilung für Landmanagement sondern mit den üblichen Forstbeamten, die den Adivasi prompt mißtrauten. Die fehlenden Kontrollen führten allerdings dazu, daß der illegale Holzeinschlag sofort um ein Vielfaches zunahm. Im Jahr 1998 wurde der Verlust auf 200.000 Bäume geschätzt, im laufenden Jahr 1999 sind es bereits drei Millionen.

Ähnlich scheiterte auch die Einbeziehung der Rabhas in das Management des 1992 eingerichteten Buxa-Tiger-Reservats im Norden von Westbengalen. Nachdem im Mai 1997 ein Angehöriger der Rabhas von einem Forstbeamten erschossen wurde, weil dieser glaubte, einen illegalen Holzsammler vor sich zu haben, zogen sich diese aus dem dortigen Projekt der Öko-Entwicklung zurück. Es war nicht der erste Tote, und es hatte schon zahlreiche Verhaftungen gegeben, in denen den Rabhas die ungesetzliche Nutzung des Waldes unterstellt worden war. Aufgrund des neuerlichen Vorfalls stoppten sie ihre nächtlichen Kontrollgänge, und auch hier nahm das illegale Holzfällen sprunghaft zu.

Aber selbst in besseren Zeiten hatten es die Rabhas schwer mit der Forstbehörde. So sollte ein Staubecken zur Bewässerung gebaut und die Ernte dadurch verdreifacht werden. Die Forstbeamten bestanden darauf, den Damm während der Regenperiode zu errichten. Der Hochwasser führende Fluß nahm sich angesichts des Hindernisses ein neues Bett. Seitdem fließt er am Damm vorbei, und das Geld ist verbraucht. Den Rabhas wurde bedeutet, sie müßten auf eine Lösung des Problems warten, bis neue Projektgelder zur Verfügung stünden. Manche Rabhas fragten sich allerdings, ob die vielen Millionen der Weltbank allein in den Dammbau geflossen sein konnten.

Ausblick

In 14 Nationalparks protestieren mittlerweile Tausende Adivasi gegen den Verlust ihrer Rechte und ihrer Lebensgrundlagen. Vehement machen sie darauf aufmerksam, daß bei der Umsetzung des Naturschutzes elementare Menschenrechte verletzt werden. Die Adivasi fordern insbesondere den sofortigen Stopp der von der Weltbank finanzierten Projekte; weil sie hier einen wirksamen Hebel vermuten. Und in der Tat reiste Ian Hill von der Weltbank im März dieses Jahres (1999) nach Bophal, um sich von ca. 500 Adivasi über Vertreibungen infolge der Nationalparks informieren zu lassen. Dieses eine Treffen wird aller Erfahrung nach nicht ausreichen, um den Adivasi die notwendigen (Frei-) Räume für eine selbstbestimmte Entwicklung zurückzugeben.

Dafür ist eine umfangreichere Unterstützung von außen nötig, wie sie in Indien u.a. von der Bewegung gegen die Narmada-Staudämme (Narmada Bachao Andolan) gewährt wird. Die Adivasi haben zudem erkannt, daß dieser Beistand — neben den vielen anderen, die dafür in Frage kommen (etwa Menschenrechtsorganisationen) — am besten diejenigen Institutionen mit einschließt, die direkt mit der Einrichtung solcher Schutzzone zu tun haben. Hier ist außer der Weltbank auch der WWF gefordert, sich mit seinem institutionellen Gewicht vernehmlich für die angemessene Berücksichtigung der dort lebenden Adivasi einzusetzen.

Literatur:

- Walter Fernandes; Vortrag in Reichshof-Odenspiel 1993
 Interview des Autors mit Roy David (CORD) im März 1999 in Göttingen
 Interview des Autors mit der Generalsekretärin der Indian Confederation of Indigenous and Tribal Peoples (ICITP) im September 1999 in Göttingen
 Presseerklärung von CORD und DEED vom 20.9.99
 Business Standard, Mumbai, 5.7.99
 Down To Earth, 15.4. und 15.5.99
 Economic and Political Weekly, 20.3. und 24.7.99
 Frontline, 4.6.99
 Indian Express, Mumbai, 3.3., 29.4. und 3.5.99
 The Hindu, Mumbai, 5.6.99
 The Hindustan Times, 2.5.99
 The Telegraph, Calcutta, 14.4.99
 Times of India, Mumbai, 25.3. und 29.4.99

(der Autor ist Mitarbeiter der 'Gesellschaft für bedrohte Völker', Abt. Indigene Völker, Göttingen)